



→ Fraktion im Rat der Stadt Schmallebenberg

Absender: → UMG- Fraktion

*Stadtverwaltung Schmallebenberg
Herrn Bürgermeister Halbe
Postfach 1140*

57376 Schmallebenberg

Datum: 17.01.2016

Offener Brief zur künftigen Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet Schmallebenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Halbe,

die Flüchtlingsunterbringung hat die Verwaltung und die ehrenamtlichen Helfer im vergangenen Jahr vor große Herausforderungen gestellt, die sie nach unserer Einschätzung insgesamt sehr gut gemeistert haben. Dafür gebührt allen Verantwortlichen in der Verwaltung und den vielen beteiligten ehrenamtlichen Helfern unser ausdrücklicher Dank.

Nach den bislang vorliegenden Informationen wird sich die Suche vieler Kriegsflüchtlinge nach einer sicheren Unterkunft in diesem Jahr fortsetzen. Ehrenamtliche, Rat und Verwaltung müssen sich deshalb auf die zeitnahe Bereitstellung weiterer Unterkünfte vorbereiten. Damit die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge/Asylbewerber in den einzelnen Ortschaften des Stadtgebiets möglichst problemlos von statten gehen kann sowie die Motivation der Ehrenamtlichen und die bisher durchweg positive Stimmung gegenüber Flüchtlingen in den Ortschaften erhalten bleibt, möchten wir Vorschläge für die künftige Vorgehensweise unterbreiten:

1. Die Unterbringung in den einzelnen Ortschaften sollte in einem **angemessenen Verhältnis zur jeweiligen Einwohnerzahl** stehen. Eine prozentuale Grenze, gemessen an der Einwohnerzahl halten wir aber nicht für gut, weil die jeweils vorhandenen individuellen Gegebenheiten vor Ort (tatsächlich nutzbare Wohngebäude, Infrastruktur, Lage) nicht durch feste Grenzen beschränkt werden sollten.
2. Es sollte eine **möglichst gleichmäßige und damit gerechte Verteilung** auf alle Ortsteile innerhalb des Stadtgebiets angestrebt werden.

weiter Seite 2...

3. Die **Unterbringung** in den Ortschaften sollte **grundsätzlich dezentral** erfolgen; „Massenunterkünfte“ von 100 und mehr Personen in einem Gebäude sollten außerhalb der Kernstadt und Bad Fredeburg (und auch dort nur in unumgänglichen Fällen) vermieden werden.
4. Der **Anmietung von Gebäuden** sollte der **Vorrang** vor dem Kauf gegeben werden. Dies ist jedoch nach den individuellen Gegebenheiten z.B. unter Berücksichtigung des jeweiligen Gebäudezustands und der Lage zu entscheiden. Die zu vereinbarende Miete sollte einen ggf. höheren Abnutzungsgrad berücksichtigen.
5. Grundsätzlich sollten vor dem Bau neuer Unterkünfte die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die vorhandenen Gebäuderessourcen sollten in einer **ortsweise vorzunehmenden dezidierten Bestandsaufnahme** unter Beteiligung
 - der Ortsvorsteher bzw. Vorsitzenden der Bezirksausschüsse und ggf.
 - weiterer ortskundiger Personen erfasst werden.Hier sehen wir noch erheblichen Optimierungsspielraum.
6. Die **Einwohner** der betroffenen Ortschaften bzw. die Nachbarschaft von künftigen Flüchtlingsunterkünften sollten **rechtzeitig** vor Schaffung von Fakten **informiert** werden.
7. Es sollte durch einen **Aufruf** in der Presse **an die Bürgerinnen und Bürger** appelliert werden, mehr leerstehenden Wohnraum zur Unterbringung der Flüchtlinge bereitzustellen.
8. Damit auch Ortschaften mit schlechtem oder gar keinem **Anschluss an den ÖPNV** sich an der Unterbringung von Flüchtlingen beteiligen können, sollte ein **Logistikkonzept** der Stadt für die nächsten Jahre kurzfristig erstellt werden (ggf. unter Einbringung der Bürgerbusse).
9. Bei der **Bauplanung für Flüchtlingsheime** durch die Stadt sollte heute bereits die spätere Vermarktung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus berücksichtigt werden.
10. Beim Bau von Flüchtlingsheimen sollten **zeitgemäße** , nicht herabgesetzte **Baustandards**, umgesetzt werden, um den Substanzwert der Immobilien nicht von vornherein einzuschränken und nicht später ggf. Nachbesserungen vornehmen zu müssen, die zu erheblichen Mehrkosten führen würden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anregungen ganz oder zum Teil mit in Ihre Überlegungen bezüglich der weiteren Unterbringung von Flüchtlingen einbeziehen können.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Wiese
(UWG-Fraktionsvorsitzender)

Kopien dieses Schreiben wurden an die anderen Fraktionen im Stadtrat versandt.